

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäften und Ausgabestellen 2,- Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 115 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 17. Mai 1924

Vor der Regierungsbildung.

Aus Berliner politischen Kreisen wird zu den Auseinandersetzungen über die zukünftige Zusammensetzung der Reichsregierung geschrieben: Die Eröffnung des neuen Reichstages, die ursprünglich am 20. Mai stattfinden sollte, ist um acht Tage hinausgeschoben und damit die Zeit verlängert worden, während der das fröhliche Rätselraten um die politischen Absichten und Absichten der Parteien und ihrer Führer, der Opposition und der Regierungskoalition munter fortgesetzt werden kann. Denn zunächst hat man mit der neuen Aufgabe zu rechnen, daß der bisherige Reichskanzler Dr. Marx nicht daran denkt, aus der Verschmälerung seiner parlamentarischen Basis die Folgerungen zu ziehen, die von den feindlichen Fraktionen als selbstverständlich bezeichnet werden, nämlich seinen Rücktritt anzugeben. Man begründet das Verhalten des Kabinetts Marx mit dem Hinweis, daß die Befürworter des Sachverständigen-Ausschusses in Deutschland bei den Wahlen die Mehrheit erhalten hätten, und dieses Gutachten resp. die Stellung der Parteien dazu sei die Frage des Tages.

Inzwischen ist ein nur innenpolitisch zu verfassendes Spiel mit der Aufschrift: Mittelblock gegen Rechtsblock — oder umgekehrt; also der Plan, die drei Mittelparteien, nämlich Demokraten, Zentrum, Volkspartei zu einem fraktionsfähigen Gebilde zu verschmelzen und so als stärkste Fraktion alle parlamentarischen Ansprüche zu erheben: Reichstagspräsident, Reichskanzlerschaft. Was zur Folge die Drohung der Deutschen Nationalen hatte, diesem Beispiel durch Gründung eines Rechtsblocks nachzueifern, der vielleicht der Stärkere von den beiden „Blöcken“ geworden wäre. Das erste war, namentlich vom Zentrum, überaus ernsthaft gemeint, ist aber schon daran gescheitert, daß der Gedanke einer über die bisherige Arbeit hinausgehenden Fraktionsgemeinschaft von der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden ist. Der Plan eines Rechtsblocks ist wohl nur eine Gegenmaßnahme gewesen, jetzt aber, daß der Weg zu einem Bürgerblock, wie ihn die Rechte herbeiführen will, noch weit im Felde liegt.

Nun hat sich die Deutsche Volkspartei aber hierüber zustimmend geäußert, hat auch hinzugefügt, daß an die stärkste Partei in einem solchen Bürgerblock, also die Deutschen Nationalen, durch den Reichspräsidenten die Aufforderung gerichtet werden soll, die Neubildung einer Regierung zu versuchen. Das bedeutet doch wohl, daß die Frage der Kabinettsbildung jetzt doch ins Rollen kommt. Denn es bedeutet eine Abgabe an die bisherige Politik der Mittelparteien, die Deutschen Nationalen vor die Frage zu stellen: „Wollt ihr die von uns bisher betriebene Politik jetzt mitmachen, wollt ihr euch vor allem vorbehaltlos auf den Boden des Sachverständigen-Gutachtens stellen, oder nicht?“ Wird diese Frage bejaht, dann wolle man die Deutschen Nationalen hinzuziehen. Sonst wäre nicht daran zu denken. Diese Taktik ist nun gescheitert, einmal, weil die Deutschen Nationalen zwar kein sagten, aber gleichzeitig auf die Stärke der Opposition gegenüber dem Kabinett Marx hinwiesen; und weil nun auch die Deutsche Volkspartei nicht mehr mitmacht. Denn sie kann es ja einfach nicht riskieren, in einem Kabinett mitzuwirken und es parlamentarisch zu stützen, das letzten Endes auf das Wohlwollen der — draußen stehenden, also offiziell gar keine Verantwortung tragenden — Sozialdemokratie angewiesen ist. Das kann die Deutsche Volkspartei schon deswegen nicht, weil im Herbst die Neuwahlen zum Preussenparlament stattfinden, und diese vielleicht noch größere Mandatsverluste allen Parteien der Großen Koalition zufügen können, da es sich gerade bei diesen Wahlen nur um innerpolitische Fragen handeln wird. Die Stellung des jetzigen Reichskanzlers wird in deutschen nationalen Kreisen für unhaltbar angesehen und in einer solchen abgehaltenen Parteivorstandssitzung in Berlin wurde denn auch sein Rücktritt mit besonderer Betonung verlangt.

Es wird abgewartet werden müssen, wie Dr. Marx und die anderen Parteien sich dazu stellen. Jedenfalls wäre es zu begrüßen, wenn wir aus der Wahlatmosfera mit ihren übertreibenden Schlagworten heraus und in eine etwas ruhigere, vernünftiger Stimmung hinein kämen. Damit man nicht etwa das unglaublich törichte Spiel einleitet, schmolzend in der Hitze liegen zu wollen, weil man „von den anderen“ im Wahlkampf schlecht behandelt, „verleumdet“, „beschimpft“ usw. wurde. Das ist zu Ende, das liegt hinter uns, und wir alle sollen nicht soviel nach rückwärts als nach vorwärts blicken.

Die Forderung der Deutschen Nationalen.

Berlin, 16. Mai. Die Parteileitung der Deutschen Nationalen Volkspartei hat in ihrer gestrigen Sitzung folgende Entschlüsse angenommen: Wir fordern, daß die gegenwärtige Regierung entsprechend dem Ausfall der Wahlen, der den veränderten politischen Willen des Volkes feststellt hat, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechtes, Deutschland in

Dr. Stresemann über die Innen- und Außenpolitik.

Der deutsch-russische Zwischenfall (Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 16. Mai. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann gewährte dem Vertreter des „Westens“ eine längere Unterredung über verschiedene schwebende Fragen, in der er zunächst der Meinung Ausdruck gab, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen der Außenpolitik bei der Beurteilung der politischen Gesamtlage Deutschlands und auch für die Neubildung der Regierung gebühre. Dr. Stresemann lenkte das Gespräch jedermann auf die äußere Politik und machte zunächst über den deutsch-russischen Zwischenfall einige sehr interessante Bemerkungen. Er erklärte, der deutsch-russische Zwischenfall anlässlich der Durchsichtung der Räume der russischen Handelsdelegation habe zu einer bedauerlichen Spannung zwischen beiden Regierungen geführt. Wir haben von vornherein ohne Notwendigkeit und in voller Aufrichtigkeit unser Bestreben darauf gerichtet, die Angelegenheit in einer die russischen Empfindungen, aber auch unsere eigenen Interessen befriedigenden Weise beizulegen. Allerdings konnte niemand von uns verlangen, aus den von der Gegenseite in nicht immer maßvoller Form vorgenommenen Beschuldigungen Konsequenzen zu ziehen, ohne die Ergebnisse der Feststellungen unserer eigenen Behörden abzuwarten. Nach den bisherigen Feststellungen ist das eine als feststehend anzusehen, daß die Rechte einzelner russischer territorialer Mitglieder der russischen Handelsvertretung tatsächlich verletzt worden sind. Die deutsche Regierung hat nicht gezögert, der russischen Regierung insofern

schon jetzt ihr Bedauern auszusprechen. Sie nimmt an, daß von der Gegenseite das gleiche Verfahren geübt werden wird, soweit russische Verletzungen vorgekommen sind. Dabei ist davon auszugehen, daß das Gebilde der russischen Handelsvertretung als solches nicht extraterritorial ist. Mit Unrecht sind von der russischen Regierung die gleichen Vorrechte wie für ihre diplomatischen Kommissionen in Anspruch genommen worden. Es muß grundsätzlich berücksichtigt werden, daß man einem fremden Staate, der, wie Rußland es tut, in seiner Eigenschaft als wirtschaftlicher Unternehmer im Auslande auftritt, insofern nicht die gleiche Stellung einräumen kann, wie in seiner Eigenschaft als Träger staatlicher Hoheitsrechte. Darüber enthalten auch die deutsch-russischen Verträge keine grundsätzlichen Abmachungen. Ich hoffe, daß wir den Zwischenfall in der für beide Teile wünschenswertesten Weise beilegen werden. Wir werden dabei bemüht bleiben, den sachlichen Ton beizubehalten und uns von manchen bedauerlichen Ausfällen von russischer Seite darin nicht beirren lassen. Dr. Stresemann wandte sich dann dem Ausgang der französischen Wahlen zu und sagte u. a.: Im großen und ganzen wird der Kund nach links aus innen- und außenpolitischen Erwägungen erfolgt sein. Ein Minister des Kabinetts Poincaré hatte noch wenige Tage vor den Wahlen erklärt, der Wahlkampf gehe um Poincarés Außenpolitik. Diese These hat jedenfalls die Mehrheit der Wähler nicht abgehalten, für den Bloch der Linken zu stimmen. Prophezeiungen für die Zukunft kann ich nicht machen, das müssen wir uns aber jedenfalls vor Augen halten, daß sich alle französischen Parteien darin einig sind, von Deutschland ein Höchstmaß von Reparationen zu erhalten.

Kein Eintritt französischer Sozialisten in die Regierung

Paris, 15. Mai. Zur Frage des Eintritts der Sozialisten in die Regierung schreibt der linksradikale Pariser „Coir“, es scheine, daß der ablehnende Standpunkt Leon Blums die Zustimmung der großen Mehrheit der Sozialistischen Partei finde. Die Verbände des Nord-Departements, des Departements Haute-Saône und des Seine-Departements teilten ihn. Der außerordentliche Kongreß vom 1. Juni werde ihn höchst wahrscheinlich sanktionieren. Die Lage, die durch die Ablehnung der Sozialisten entstehe, werde Zug für Zug eine Wiederholung derjenigen von 1902 sein. Als Combes an die Stelle von Waldeck-Rousseau trat, habe er den Sozialisten kein Portfeuille angeboten. Nichtsdestoweniger hätte Jaurès und seine Gruppe ihn drei lange Jahre loyal unterstützt. Dank ihrer aktiven und uneigennütigen Unterstützung habe Combes die schwierige Sozialgesetzgebung durchführen können.

Herriot wirbt bei Macdonald für Frankreich.

London, 15. Mai. Im Laufe einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Morning Post“ gab Herriot folgende

den Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschieden Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den vorbereitenden Verhandlungen den Organisationskomitees oder der Reparationskommission irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgeben läßt. Die Deutschenationale Volkspartei wird detaillierte Erklärungen nicht als für sich bindend anerkennen.

Die Regierung lehnt ab.

Berlin, 16. Mai. Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ist auch angeichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschen Nationalen Partei entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages aus der Hand zu geben.

Die Verhandlungen im Ruhrstreik.

Stillelegungen in der Industrie. Die eingesetzte Schlichtungskommission, die über die Beilegung der Differenzen im Ruhrbergbau verhandelt, hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Beratungen gehen weiter. — Kardinal Schulte in Köln hat sich telegraphisch zur Herstellung des sozialen Friedens im Ruhrbergbauaufruf an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Von 7000 Arbeitern des Eisen- und Stahlwerks Hoersch in Dortmund haben 4000 Arbeiter infolge Brennstoffmangels die Arbeit einstellen müssen. — Die Seltenerkener Bergwerks-A.-G. hat sich infolge Kohlenmangels gezwungen gesehen, drei Hochöfen auszublauen. — Wenn bis

Erklärung ab: Frankreich muß und will, wenn wieder ein dauernder Friede hergestellt sein soll, seine Bündnisse aus der Kriegszeit aufrechterhalten. Die Entente ist heute notwendiger als damals und sollte haltbarer als jemals sein. Wenn Frankreich energischer als andere Nationen auf der Entwaffnung Deutschlands und auf dem Wiederaufbau besteht, so geschieht das deshalb, weil es durch die Gefahr stärker bedroht wird und weil es stärker durch den Krieg gelitten hat. England darf deshalb den Verleumdungen, die vom französischen Imperialismus reden, keinen Glauben schenken. Andererseits muß Frankreich verstehen, daß England infolge seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten genötigt ist, zuerst an seine eigenen Interessen zu denken. Zum Schluß tritt Herriot dafür ein, daß Staatsmänner beider Länder sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, um den Frieden gemeinsam zu gewinnen, wie sie gemeinsam den Krieg gewonnen haben.

spätestens Sonnabend die Kohlenförderung nicht wieder aufgenommen worden ist, muß mit der Stilllegung der gesamten Fabrikanlagen des Bochumer Vereins gerechnet werden.

Deutsche industrielle Vereinigung.

Gegen das Sachverständigen-Gutachten. Auf Einladung einer Anzahl Industrieller, unter denen sich Kommerzienrat Krawinkel aus dem Rheinland, Landtagsabgeordneter Fabrikbesitzer Carlfeld aus Westfalen, der Inhaber der Schiffswerft Carlsson und Generaldirektor Rodkroch (Heldenauf) befanden, hatten sich Vertreter der Industrie in Berlin zusammengefunden. Die Versammlung kam zu der Auffassung, es sei notwendig, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu zerstreuen, als vertrete der Reichsverband der Deutschen Industrie in seinen Rundgebungen zur Erfüllungspolitik die deutsche Gesamtindustrie. In einer angenommenen Entschliessung wird gesagt:

Die Gründung der „Deutschen Industriellen Vereinigung“ erfolgt infolge der politischen und wirtschaftspolitischen Haltung des großen Spitzenverbandes der deutschen Industrie. Die Versammlung hat die Überzeugung, daß die deutsche industrielle Wirtschaft mit Sicherheit zugrunde gehen muß, wenn die vom Reichsverband der deutschen Industrie als Grundlage angenommenen sogenannten Sachverständigen-Vorschläge eine solche Grundlage der deutschen Reparationsleistungen bilden. Sie fordern von der Reichsregierung eine Politik, die der wirtschaftlichen Lage des Landes Rechnung trägt und sie bedauern, daß der Reichsverband der deutschen Industrie sich seit Jahren zum Instrument einer Reichspolitik hat machen lassen, die dieser Forderung gänzlich zuwider läuft.

Es wurde beschlossen, noch vor dem Zusammentritt des Reichstages eine große Industriellen-Versammlung nach Berlin einzuberufen, mit dem Thema „Die Sachverständigen-Gutachten“.